

Volks-Zeitung

Die Opferläge.

Damit die Milliarde herauskommt.

Nach den Berechnungen des Reichshauptamts würde, wie wir schon mitgeteilt haben, der Mehrbeitrag bei den bisher angenommenen Einnahmen nur das „nur“ nimmt sich in diesem Zusammenhang ein wenig merklich und etwa 840 Millionen Mark ergeben. Eine Erhöhung der Einnahme ist danach unaussprechlich. Wie wir hören, ist die Regierung der Ansicht, daß man bei den Einnahmen von 0,1 Prozent, dem bisher vereinbarten Satz, auf 0,25 Prozent oder gar auf 0,50 Prozent wird gehen und daß bei den mittleren Vermögen ebenfalls eine entsprechende Erhöhung des Satzes wird stattfinden müssen. Was die großen Vermögen anlangt, so geht die Regierung über den Satz von 1/2 Prozent keinesfalls hinaus. Eine Erhöhung dieses Satzes, der nach ihrem Dafürhalten ohnehin schon zu hoch ist, wird sie nicht zulassen.

Von der bisherigen Gestaltung des Mehrbeitrages ist die Regierung, wie wir weiter hören, nicht weniger als erbaut. Sie will ab beginnen sich Zweifel zu regen, ob der Gehalts, auf diese Weise die einmaligen Kosten der Herrschaftslage aufzubringen, so glücklich wird, wie man anfangs meinte.

Ein Bubenkreiß.

(Telegraphischer Bericht)

Am 2. Juni wurde gestern nachmittag das Gericht verurteilt, daß ein in elf deutschen Offizieren Lejterer Seppel in der Schweiz an der Hand der Böhmen, die die Aufschneider mitschuldig habe, verurteilt sei. Unter der Beobachtung von Nante entstand eine große Panik. Die Kreditinstitute erhielten massenhaft Aufträge auf Rückzahlung der Einlagen. Erst nach einer Stunde erfuhr man, daß es sich um eine böswillige Manipulation handelte. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet, um den Urheber des Bubenkreißes zu ermitteln.

Bayerische Verwaltungswillkür.

Das Subjugationsverbot ist ein neues ausgesprochenes autoritärer Verbot des Ministeriums Hertling gegen die Gewissensfreiheit liegt vor. Nach monatelangen Geheizen und Rechtsverhandlungen der leitenden Beamten des Bayerischen „Bayerischen Anzeigers“ und der „Münchener Volkszeitung“, denen ein Oberlandesgericht in der „Münchener Volkszeitung“ (Lebanische) verurteilt das seitens der Kaplanovics und Kerstian Tomagovic bezugslos und gebührende „homogenes“ mitamtliches Kabinett Hertling durch einen solchen Schlag gegen die gewonnene Gewissensfreiheit bei der sie angeblich allmächtige Partei wieder in gutem Kredit zu bringen. Wie schon seit mehreren Jahren der protestantische Regierungspräsident Mittelrheins, zweifelslos auf Grund von oben her, der Stadt Nürnberg bei ihrer Jahrzehnte alten Verurteilung der freireligiösen und anderer Schulbücher mit Erlaubnis der Schulbehörden zu breiten, diesen Literaturkritikern gegen die Regierung die gleichfalls von einem protestantischen geleitete Kreisregierung München ebenso mit ungesägten Verbindungen gegen die freireligiösen Schüler der durchweg konfessionellen Volks- und Fortbildungsschulen der Vorländer und Wohlthäter der einzigen großen Stadt Subjugation, ein N. N. vor. Das anfängliche mündliche Verhör ergab ein in die dem Bewusstsein ihres verfassungsmäßigen Rechtes weigern den Eltern durch die Kinder unter Erhaltung der mündlichen Weisheit an die Kinder, vom 2. Mai an dem katolischen oder protestantischen Religionsunterricht in der Fortbildungsschule beizubehalten. Eine am 21. Mai in Subjugation, ein N. N. abgehaltene große öffentliche Versammlung beschloß energig die Widerstand gegen in den ungesägten Gewissensbindung und lastfällige Unterwerfung der Betroffenen (über 70) Eltern. Das symptomatische Vorgehen der Staatsregierung ruft große Erbitterung hervor.

An Redts Grabe.

Skandalösen auf dem Wiener Zentralfriedhof.

(Telegraphischer Bericht)

Am 2. Juni wurde gestern in Wien ein Skandal in der Friedhofverwaltung gemacht. Die Angehörigen der Toten, in dessen Name Redt beigesetzt liegt, verlangten von der Friedhofverwaltung Hinzufügen, daß der Begräber, der dem Grabe verfallen gewesen sei, nicht unter anfänglichen Menschen begraben werde. Die Friedhofverwaltung ludte die Leute zu beruhigen, was jedoch nicht gelang. Die Mehrzahl gegen die Gefährten zu dem Grabe des Obersten, daß sie verurteilt, so daß es den Friedhofverwaltern schwer war, Ruhe und Ordnung herzustellen. Sie schickte einige Wachen vor, um gegen in den ungesägten Gewissensbindung und lastfällige Unterwerfung der Betroffenen (über 70) Eltern. Das symptomatische Vorgehen der Staatsregierung ruft große Erbitterung hervor.

Verhaftungen in Russland.

In den russischen Provinzen, besonders in denen der Hauptstadt und in den Provinzen, herrscht seit dem Selbstmord Redts und dem damit gemachten Entschlossen eine hohe politische Unruhe. Wie gemeldet, wurden verschiedene Offiziere und Beamte bereits verhaftet, weil man glaubt, daß sie sich der Spionage schuldig gemacht haben. In Wiborg nahm sich in einem Verdacht ein russischer Offizier kurz vor seiner Verhaftung namens Gibelmann wurde im Zusammenhang hiermit verhaftet. Es soll sich, wie bestimmt feststeht, um Spione handeln, denen man durch die Affäre Redt auf die Spur gekommen ist.

Die Landtagswahlen.

In Groß-Berlin.

1. Wahlkreis.

Am Restaurant „Königsplatz“ in der Balowstraße wurde pünktlich um 9 Uhr morgens an gewählt. Hier leitete Stadtrat Kallisch den Wahlakt. Bis auf einen einzigen Wahlmann, der für Stadtrat Breuß stimmte, waren ausschließlich Anhänger des offiziellen freisinnigen Kandidaten, Sanitätsrat Dr. Murgdan, zur Stelle. Die Sozialdemokraten hatten sich im Hinblick auf die Ausschließlichkeit ihrer Kandidaten, Reich von der Wahl den Händen fern gehalten. Am ganzen waren 24 Protelle angemeldet worden; überall, weil bei der Wahlmännerwahl erteillich der Wahlvorstand nicht ordnungsgemäß besetzt war. Die angeforderten Mandate wurden für ungültig erklärt.

Das Ergebnis.

Sanitätsrat Dr. Murgdan (Fortschr. Pp.) 247 Stimmen  
Stadtrat Dr. Breuß 1 Stimme  
Mitglied Dr. Murgdan gewählt.

2. Wahlkreis.

Die Wahl im zweiten Kreise fand in der Form der Terminwahl in den Kammerläden Zeltower Straße 1-4 statt und wurde von Stadtrat Jacobi geleitet, der pünktlich zur festgesetzten Zeit den Wahlakt mit einer Erklärung des Regiments eröffnete und sodann das Bureau aus den amnestierten Wahlmännern beider Parteien bildete. Der Wahlkommissar erklärte 17 Wahlen für ungültig. In einem Falle wurde von einem amnestierten Wahlmann Protest erhoben, der aber von der Mehrheit des Wahlvorstandes zurückgewiesen wurde.

Das Ergebnis.

Abgegebene Stimmen: 204  
Es erhielten:  
Bankdirektor Karl Romm (Fortschr. Pp.) 279 Stimmen  
Brauereibesitzer Hermann Klinge (Soz.) 16  
Somit gewählt Romm (Fortschr. Pp.).

3. Wahlkreis.

In diesem Kreise wurde in der Form der Zeitwahl im Protokoll des „Deutschen Godes“ in der Sudauer Straße gewählt. Wahlkommissar war der Stadtrat Döflein, der um 9 Uhr pünktlich den Wahlakt eröffnete. Zwei Wahlen waren nicht zustande gekommen, zwei Mandate wurden in der Versammlung für ungültig erklärt, und zwar sechs, weil bei den Wahlmännerwahlen der Protokollführer nicht wahlberechtigt war, vier Mandate der 1. Abteilung, weil der Wahlvorleiter bei Stimmengleichheit nicht eine Stichwahl vornehmen, sondern das Los entscheiden ließ. Die übrigen Protelle wurden zurückgewiesen. Den Werten unter den Wahlmännern wurde durch einstimmiges Votum der Anwesenden gestattet, als erste ihr Stimmrecht auszuüben. Eine Anzahl Wahlmänner war bei Beginn der Wahl noch nicht zur Stelle.

Das Ergebnis.

Es wurden abgegeben: 410 Stimmen.  
Davon erhielten:  
Rektor Kopisch (Fortschr. Pp.) 234 Stimmen  
Republikaner Dr. Engel (Soz.) 176  
Somit ist Rektor Kopisch (Fortschr. Pp.) gewählt.

4. Wahlkreis.

In diesem für die freisinnigen Wahlen Wahlkreis eröffnete Magistratsrat Dr. Bus um 9 Uhr morgens den Wahlakt, zu dem sich fast alle Wahlmänner - nur 9 Wahlmänner erfüllten ihre Pflicht nicht - erschienen waren. Der Magistratskommissar teilte sodann mit, daß gegen 22 Wahlmännermandate Protest erhoben sei, davon in der ersten Abteilung 8, in der zweiten Abteilung 6 und in der dritten Abteilung 8 Mandate. Die Versammlung erklärte sämtliche Mandate, an denen 14 Sozialdemokraten und 8 freisinnige beteiligt waren, für ungültig. Dann begann um 10 Uhr der Wahlakt und es wurde in Gruppen von je 10 ausgewählten Wahlmännern gewählt. Bereits um 11 1/2 Uhr war die Hauptwahl beendet.

Das Ergebnis.

Es erhielt:  
Dr. Wieser (Fortschr. Pp.) 249 Stimmen.  
Dr. Fernstein (Soz.) 188 Stimmen.  
Mitglied gewählt Dr. Wieser (Fortschr. Pp.).  
Die Sozialdemokraten wählten gegen den Kandidat der Wahl Protest erhoben, weil zwei freisinnige Wahlmänner angeblich ohne Vorsehung ihrer Legitimation mitgewählt hätten.

5. Wahlkreis.

Am 5. Wahlkreis fungierte Magistratsrat Dr. Meyer als Wahlvorleiter, der den Wahlakt mit dem Glockenschlag 9 Uhr mit Verlesung der gesetzlichen Bestimmungen eröffnete und den aus sechs Herren, Stadtvorordneten, Bezirksvorstehern und Magistratsbeamten bestehenden Wahlvorstand ernannte. Es wurde sodann über die Wahlauflagen, die vor der Wahl, behandelt, was zur detaillierten Klärung von 15 Wahlmännern veranlaßte, so erschien die Wahl bei sechs Bewerber um das Mandat beteiligt waren. Die zahlreich versammelten Wahlmänner formierten sich sodann zu einer Reihe und der Wahlakt begann. Er setzte gleich sehr lebhaft ein, sodann bereits eine knappe halbe Stunde nach Eröffnung der Wahl über 50 Wahlmänner ihre Stimme abgegeben hatten. Da die Sozialdemokraten trotz der erwarteten Ungültigkeitserklärung mehrerer Mandate immer noch die erwarteten 15 Wahlmännern verblühte, so erschien die Wahl ihres Kandidaten Paul Hoffmann, eines Schriftführers in der Königsberger Straße, der in Innangabe gelassenen Schriftsteller Julian Werdhardt erschien soll, durchaus glücklich.

6. Wahlkreis.

In den Androssenflächen in der Androssenstraße herrschte schon gegen 9 Uhr morgens ein reges Leben und Treiben. Die Sozialdemokraten,

die in der ersten Etage des Hauses über dem Bahnhause ihr Lokal aufgeschlagen, hatten einen lebhaften Wahlpeddient organisiert, so daß schon in den ersten Stunden die Wahlmänner in Scharen heranströmten. Zur Friedigung durch die Verlesung fanden 44 Wahlen, an denen die Sozialdemokraten 2mal, die Fortschrittler 2mal beteiligt waren. Gegen die Wahlen waren zum Teil beschuldigt eingeleitet worden, weil der Wahlvorstand in den einzelnen Wahlbezirken nicht ordnungsgemäß zusammengestellt worden war oder weil erforderliche Stichwahlen nicht ausgeführt wurden.

7. Wahlkreis.

Am 7. Berliner Landtagswahlkreis wurde von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends gewählt. Wahllokal war das Wohnhaus Brauns in der Landsberger Allee, Wahlkommissar Stadtrat Mielen. Hier herrschte gleich zu Beginn des Wahlnachts um 9 Uhr ein lebhafter Andrang, weil die zahlreichen in diesem Kreise wohnenden, aber außerhalb beschickten Wahlmänner möglichst schnell nach ihrer Arbeitsstelle kommen wollten. 4 Wahlen waren nicht zustande gekommen, 6 Mandate erklärte der Wahlvorstand, den der Kommissar als Angehörigen beider Parteien erklärt hatte, wegen Formfehler für ungültig. Die Wahl vollzog sich glatt und ergab bald eine erhebliche Mehrheit für den sozialdemokratischen Kandidaten Paul Girig.

8. Wahlkreis.

Am 8. Wahlkreis, der über 815 Wahlmänner verfügt, war gegen die Wahl von 26 Wahlmännern Protest erhoben worden. Außerdem waren drei Wahlen erster Klasse nicht zustande gekommen. Die Versammlung erklärte sämtliche Protelle für zu Recht bestehend und die Wahl dieser 26 Wahlmänner für ungültig. Als Wahlkommissar fungierte Magistratsrat Dr. Wühl. Die Freisinnigen hatten für diesen gefährdeten Wahlkreis, in dem als ihr Kandidat Geheimrat Justizrat Gasse I aufgestellt war, große Anstrengungen gemacht und in den letzten Tagen mehrere Wahlvereinigungen abgehalten, in denen die Wahlmänner verpflichtet wurden, zur Kandidatur zu erscheinen. Am letzten Abend hatten die Konservativen als ihre Kandidaten Oberingenieur Schwarz nominiert, der allerdings nur über ein Gefolge von zehn Wahlmännern verfügt. Mit gehobener Energie hatten die Sozialdemokraten ihre Wahlmänner bearbeitet, die in den Mittagsstunden scharenweise erschienen. So kamen drei lokale sozialdemokratische Wahlmänner zur Kandidatur, die von ihren Frauen geführt wurden. In den Mittagsstunden bis 12 Uhr war die Majorität für Gasse erklärt. Von 300 erschienenen Wahlmännern hatten etwa 200 für Gasse gestimmt.

9. Wahlkreis.

Am 9. Berliner Landtagswahlkreis hatten heute 790 Wahlmänner zu entscheiden, von sie als Vertreter dieses Wahlwahlkreises in den Landtag entsenden wollten. Wie diese Entscheidung ausfallen würde, darüber bestand nicht der geringste Zweifel. Die Wahl des Sozialdemokraten, Redakteurs Ströbel, war von vornherein gesichert. Für Ströbel wurden bei den Urwahlen 608 Wahlmänner gewählt, während der Kandidat der fortschrittlichen Volkspartei, Rektor Kacheler, nur 182 Wahlmänner auf sich vereinigte. Am Abend trat der Vorsitz des Kreises war für diesen freiwahl angelegt worden. Pünktlich zur festgesetzten Zeit eröffnete der Wahlvorleiter Magistratsrat Geole die Wahlhandlung. Es wurde beschloßen, 20 Mandate für ungültig, 3 für gültig zu erklären; eine Wahl war nicht zustande gekommen, es wählten also noch 760 Wahlmänner gegen 10 Uhr begann der Wahlakt. Während der Beratungen des Bureau hatte sich schon eine große Zahl von Wahlmännern eingeschrieben, die nun beantraten, um ihre Stimme abzugeben.

10. Wahlkreis.

Am 10. Kreise wurde schon in den frühen Morgenstunden von beiden Parteien den Fortschrittlichen und den Sozialdemokraten, die sich für die Wahl durchzusetzen wollten, die Wahl durchzuführen war, wurden die Wahlmänner noch gefahren in der Versammlung auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, heute bis auf den letzten Mann anzutreten, um ihrer Partei den Sieg zu sichern. Die Fortschrittlichen hatten deshalb eine größere Anzahl von Automobilen und Kraftwagen gemietet, um die entfernteren wohnenden Wahlmänner in das Wahllokal, die Germaniastraße (Chausseestraße), zu bringen. Mehrere erschienen mit dem Reifeseifer, um gleich nach Erfüllung ihrer Pflicht Berlin zu verlassen.

Eine unklare Hebererziehung für die Fortschrittlichen war die Aufstellung eines Sonderkandidaten, des Kommunisten Galsen, den die Bedenken rechtsstehenden bürgerlichen Parteien in einer gefahren abgehaltenen Versammlung nominiert hatten. Durch diese Zerpfitterung der Kräfte war die Wahl des Landtagsabgeordneten Kelenow in Frage gestellt. Von den angemeldeten 24 Protellen wurden 21 für gültig erklärt. Davon fielen 13 auf die Freisinnigen, 8 auf die Sozialdemokraten.

11. Wahlkreis.

Am 11. Wahlkreis, der sicherer Besitz der Sozialdemokraten ist und in dem Rechtsanwalt Dr. Viedendts aufgestellt ist, ging der Wahlakt durchaus ruhig vor sich. Vor dem Lokal in der Müllerstraße 142 fanden zwei Schlichtungen, die jedoch offenbar selbst nicht möglich, was sie dort sollten. Die Wahlmänner, die durchweg nicht zu Ausfahrungen neigten, äußerten sich über den Doppelproben dem auch in nicht gerade schmeichelhaften Ausdrücken. Am ganzen waren 12 Wahlen für ungültig erklärt worden, von denen 10 zu Gunsten der Sozialdemokraten entschieden wurden. Gegen 9 1/2 Uhr begann die Wahl. Von den 600 Wahlmännern hatten sich etwa 150 bis 160 gegen zu Beginn eingeschrieben, die ihre Stimme durchweg für Ströbel abgaben. Da die Sozialdemokraten ihrer Sache in diesem Kreis durchaus sicher waren, hatten sie auf jede Schlichterarbeit verzichtet.

12. Wahlkreis.

Der Ausfall der Wahl in diesem Kreise, in dem eine Mehrheit von etwa 72 bürgerlichen Stimmen vorhanden war, war freudig







